

Öffentlicher Dienst: Zugang für Junge enger geworden



"Erfahrungswissen Älterer und Eintritt neuer Beschäftigter kombinieren"

Foto: apa

Bozen - Der öffentliche Dienst Südtirols wird gerne als Haus für wind- und wetterfeste Jobs gesehen, besonders in der Verwaltung bei Land, Gemeinden und Bezirksgemeinschaften. Doch die Sparpolitik und der gesellschaftliche Wandel verursachen Risse im Gebälk.

Das zeigen die atypischen Arbeitsverhältnisse (befristete Verträge, Teilzeitarbeit) im Bereich Verwaltung. Der Zugang für die Jüngeren sei deutlich enger geworden, während der Job für die vielen älteren Bediensteten zu einer Belastung werde, für die es neue Lösungen brauche, belegt das AFI anhand von genauen Zahlen aus dem Zeitraum 2009 bis 2013. „Die Landesregierung arbeitet aktiv an der Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst. Hilfreich wäre ein konstantes bereichsübergreifendes Personal-Monitoring, das eine positive oder negative Entwicklung genau beobachtet“, rät AFI-Direktor Stefan Perini.

13.600 Menschen arbeiten in Landesverwaltung, Bezirksgemeinschaften und Gemeinden (Bereich Verwaltung). Nach der Schule ist das der zweitgrößte Bereich des öffentlichen Dienstes in Südtirol mit insgesamt 44.300 Beschäftigten. Der Bereich Verwaltung ist gekennzeichnet durch die „Alterszwiebel“ – nur fünf Prozent der Beschäftigten sind jünger als 30 Jahre, aber 37 Prozent sind älter als 50 – und die Präsenz der Frauen (60 Männer/100 Frauen im Bereich Verwaltung, 30 Männer/ 100 Frauen im öffentlichen Dienst insgesamt).

Wie sich die Sparpolitik und der gesellschaftliche Wandel in diesem wichtigen Bereich des Südtiroler Arbeitsmarktes auswirken, hat eine Studie des AFI anhand der so genannten „atypischen Arbeitsverhältnisse“ untersucht.

Zugang für Junge ist enger geworden

AFI-Forschungsmitarbeiter Werner Pramstrahler: „Unter einem typischen Arbeitsverhältnis versteht man ‚unbefristet-Vollzeit‘. Das trifft in der Verwaltung auf 58 Prozent der Beschäftigten

zu. Dazu kommen noch eine ganze Menge ‚unbefristet-Teilzeit‘. Unterscheidet man nicht nach Voll- und Teilzeit, so sind insgesamt 85 Prozent der Beschäftigten in der Verwaltung unbefristet angestellt.“ Lediglich 14,3 Prozent der Beschäftigten hätten befristete Verträge, was deutlich weniger sei als in anderen Teilen des öffentlichen Dienstes. Problematisch hingegen sei vielmehr, dass von den unter 30-Jährigen nur 37 Prozent unbefristet angestellt sind. „Die zurückhaltende Personalpolitik der letzten Jahre hinterlässt Spuren: In dieser Altersgruppe sind die unbefristeten Anstellungen seit 2009 um fast sechs Prozentpunkte zurückgegangen“, erklärt Pramstrahler. Insgesamt sei der Bereich Verwaltung der einzige Sektor des öffentlichen Dienstes, der im Zeitraum 2009 bis 2013 Beschäftigte abgebaut habe: Minus zwei Prozent.

Teilzeit voll im Trend

Von 2009 auf 2013 stark zugenommen haben hingegen die Teilzeitverträge. Zum 31.12.2013 arbeiteten im Bereich Verwaltung 41,1 Prozent der Frauen und vier Prozent der Männer in Teilzeit. Einer der Hauptgründe für Teilzeit und Befristungen sei der hohe Frauenanteil. „Für die Familie nehmen Frauen erhebliche Abwesenheiten vom Dienst in Kauf. Es entstehen befristete Stellen, die meist wiederum von Frauen besetzt werden“, so Pramstrahler. Die Schlussfolgerungen liegen für das AFI auf der Hand: „In einem Bereich mit vorwiegend weiblichen Beschäftigten wird es infolge der demografischen Alterung Ersatz aufgrund von Mutterschaft und Erziehung immer seltener geben. Damit verengt sich gerade für jüngere Beschäftigte ein bislang bewährter Erstzugang zum öffentlichen Dienst“, stellt Pramstrahler fest.

Erfahrungswissen Älterer und Eintritt neuer Beschäftigter intelligent kombinieren

AFI-Direktor Stefan Perini sieht neben den jüngeren Beschäftigten auch die älteren gefährdet: „Wenn ältere Bedienstete ihre gewohnte Arbeit wegen der immer höheren Anforderungen und Belastungen nicht mehr ausüben können, wird es als Alternative kaum genügend ‚Schonarbeitsplätze‘ geben“.

Im Gegensatz dazu seien befristete Stellen der Weg, über den neue Leute und damit auch neues Know-how in die Verwaltung kommen könne: „Wegen der Alterung nehmen die Befristungen ab und es wird somit weniger Eintrittsmöglichkeiten für Junge geben. Viele junge und höher Qualifizierte werden in der Warteschleife bleiben. Daher wird der Überhang an niedrig-mittleren Qualifikationen den Landesdienst noch über Jahrzehnte prägen“, so Perini.

Konstantes Personal-Monitoring gefragt

„Die Landesverwaltung, die Bezirksgemeinschaften und die Gemeinden haben bislang einer akuten Prekaritätsgefährdung immer vorgegriffen und nach Möglichkeit versucht, die Beschäftigungsverhältnisse zu stabilisieren. Was aber bis heute fehlt, ist ein übergreifendes Personal-Monitoring, welches den Kompetenzen, den Erwerbsbiografien und dem Entwicklungspotenzial der Bediensteten Rechnung trägt“, resümiert das Forschungsteam. „Verwaltungsinnovation funktioniert nur über ein intelligentes Personal-Monitoring“, schließt AFI-Direktor Perini. „Ein wichtiger Schritt in Hinblick auf die auf atypische Arbeitsverhältnisse wäre die Einrichtung eines übergreifenden Personal-Monitorings im Zuge der anstehenden Reformen im Bereich Verwaltung des öffentlichen Dienstes in Südtirol“.

Abrufbar ist die vollständige Studie auf der Homepage des Instituts: <http://www.afi-ipl.org/de/homedeutsch/39-news-aus-dem-afi-ipl/312-atypische-arbeitsverhaeltnisse-im-oeffentlichen-dienst-suedtirols-bereich-verwaltung>